

Integration/Zuwanderung

Integration fördern und fordern – Zuwanderung steuern und begrenzen

0. Inhalt

1. Integrationsland Deutschland
2. Zuwanderung steuern und begrenzen
3. Einbürgerung: Neue und klare Anforderungen
4. Integration: Wurzeln bewahren, Identifikation stärken
5. Vorfahrt für Integration, Integration gestalten

1. Integrationsland Deutschland

Deutschland ist Integrationsland. Rund 15 Millionen Menschen besitzen einen Migrationshintergrund. Das bedeutet, sie selbst, ihre Eltern oder Großeltern sind nach Deutschland gekommen. Die Mehrzahl lebt seit Jahren in Deutschland oder wurde hier geboren. Die meisten Menschen mit Migrationshintergrund haben ihren Platz in unserer Gesellschaft gefunden und tragen zum Wohlstand unseres Landes bei. Doch es gibt auch Integrationsprobleme: Unzureichende Deutschkenntnisse, geringere Schulabschlüsse und mehr Arbeitslosigkeit unter Zuwanderern.

Wir verstehen Integration als einen fortschreitenden positiven Prozess in der Verantwortung der Zuwanderer, der Politik und der gesamten Gesellschaft. Integration bedeutet nicht, dass alle gleich werden, sondern dass alle gleiche Chancen auf Bildung und Wohlstand besitzen.

Für die CDU ist die Integration eine politische Schlüsselaufgabe. Deshalb haben wir das Amt der Integrationsbeauftragten im Bundeskanzleramt angesiedelt und ihm damit einen höheren Stellenwert gegeben. Mit drei Integrationsgipfeln seit 2006, der Deutschen Islam Konferenz (ebenfalls seit 2006) und dem Nationalen Integrationsplan (2007) wurde ein neuer Weg beschritten: Zum ersten Mal wird miteinander und nicht mehr übereinander gesprochen. Auf diesem Fundament einer neuen Integrationspolitik, die bei den Ursachen

ansetzt und die Balance zwischen Fördern und Fordern herstellt, wird die CDU künftig aufbauen und den Dialog fortsetzen.

Unser Grundsatz lautet: Fördern und Fordern. Klare und nachvollziehbare Anforderungen stellen für uns kein Hindernis, sondern die Grundlage für Integration dar.

Weitere Informationen:

- www.integrationsbeauftragte.de
- www.deutsche-islam-konferenz.de

2. Zuwanderung steuern und begrenzen

Deutschland hat immer wieder Menschen aufgenommen und diese zumeist erfolgreich integriert. Durch ihre Leistungen haben sie sich Anerkennung erworben. Gleichzeitig gewährt Deutschland zahlreichen Menschen aus humanitären Gründen Zuflucht. Diese Verantwortung entspricht unserem christlich geprägten Menschenbild.

Die CDU hat dem Zuwanderungsgesetz zugestimmt (seit dem 1. Januar 2005 in Kraft) und damit die unkontrollierte Zuwanderung in unser Land gebremst. Es steuert und begrenzt die Zuwanderung entlang der gesellschaftlichen und wirtschaftlichen Interessen Deutschlands. Regelungen bei der Arbeitsmigration und der Zuwanderung aus humanitären Gründen schaffen die Grundlage für gelingende Integration. Angesichts vielfältiger krimineller und terroristischer Bedrohungen wird Deutschland damit auch sicherer.

Im Jahr 2007 haben wir das Ausländer- und Asylrecht reformiert, um die Integration von Ausländern in Deutschland weiter zu verbessern. Das Angebot an Sprachkursen und Unterrichtsmaterialien ist erweitert worden. Im Gegenzug müssen ausländische Ehegatten vor ihrem Nachzug nach Deutschland über einfache Deutschkenntnisse verfügen. So können Schein- und Zwangsehen erfolgreicher bekämpft werden. Die Sozialleistungen für Asylbewerber, die sich länger als drei Jahre in Deutschland aufhalten, sind abgesenkt worden.

Unser Grundsatz lautet: Zuwanderung steuern und begrenzen, Integration gestalten. Die CDU steht für ein politisches Gesamtkonzept, das Arbeitsmarkt- und Sozialpolitik, Familien-, Bildungs- und Ausländerpolitik verknüpft.

3. Einbürgerung: Neue und klare Anforderungen

Seit dem 1. September 2008 ist zusätzlich der Einbürgerungstest vorgeschrieben. Damit werden jetzt erstmals Kenntnisse über die Grundzüge der deutschen Rechtsordnung, Kultur und Geschichte verlangt. Die Einbürgerung ist das Bekenntnis zu Deutschland. Mit ihr beginnt die gleichberechtigte Teilhabe als Staatsbürgerin und Staatsbürger mit allen Rechten und Pflichten. Dazu gehört das Recht, in den Gemeinden, in den Ländern und auf Bundesebene zu wählen und gewählt zu werden. Hinzu kommt die freie Berufswahl und Freizügigkeit in Deutschland und in der Europäischen Union.

Unser Grundsatz lautet: Die Einbürgerung ist Ausdruck eines erfolgreichen Integrationsprozesses. Wer Rechte beansprucht, muss auch Pflichten erfüllen.

Weitere Informationen:

- www.einbuengerung.de

4. Integration: Wurzeln bewahren, Identifikation stärken

Integration bedeutet, Verantwortung zu übernehmen für unser Land. Erforderlich ist dafür ein gemeinsames Grundverständnis. Klar ist: Viele Zuwanderer sind bei uns gut integriert. Doch Probleme in den Schulen werfen immer wieder Schlaglichter auf die Schwierigkeiten und zeigen, welche Gefahren eine mögliche religiöse Radikalisierung sowie das Aufeinandertreffen unterschiedlicher Kulturen auch in Deutschland bereithalten.

Daher gilt: Wer in Deutschland leben möchte, muss die zentralen Werte und Normen unserer freiheitlich-demokratischen Grundordnung annehmen, ohne dabei seine Herkunft verleugnen oder seine Wurzeln aufgeben zu müssen. Wo aber Menschenrechte und Demokratie in Frage gestellt werden, gibt es kein Recht auf kulturelle Differenz. Darüber

müssen sich alle einig sein, Zuwanderer wie Aufnehmende. Integrationsverweigerung darf nicht folgenlos bleiben. Ein unverbundenes Nebeneinander und die Bildung von Parallelgesellschaften lehnt die CDU ab.

Zentrale Handlungsfelder der Integrationspolitik sind Integration durch Sprache und Bildung, durch Ausbildung und Arbeit, die Durchsetzung von Frauenrechten, Integration in den Kommunen und als Aufgabe der Bürgergesellschaft.

Gelingende Integration liegt in der Verantwortung des Einzelnen, der Gesellschaft und des Staates. Sie braucht das Zusammenwirken aller und berührt alle Lebensbereiche. Integration entscheidet sich im Zusammenleben vor Ort.

Unser Grundsatz lautet: Von einer erfolgreichen Integration auf der Grundlage einer gesteuerten Zuwanderung profitieren alle.

Weitere Informationen:

- <http://grundsatzprogramm.cdu.de>

5. Vorfahrt für Integration, Integration gestalten

Deutschland ist ein weltoffenes und tolerantes Land. Wir wollen, dass unser Zusammenleben von Respekt, gegenseitigem Vertrauen, Zusammengehörigkeitsgefühl und gemeinsamer Verantwortung geprägt ist. Wir wollen Integration gestalten. Dabei verfolgen wir folgende Ziele:

- Gute Deutschkenntnisse sind Grundvoraussetzung für Bildung und Ausbildung, für Integration in den Beruf, für Mitwirkung und sozialen Aufstieg. Im Bereich der Förderung deutscher Sprachkenntnisse hat die CDU bereits viel geleistet: Integrationskurse haben sich zum wichtigsten Instrument der Sprachförderung entwickelt. Durch stärkeres Fördern und Fordern wollen wir die erfolgreiche Teilnahme weiter erhöhen.
- Bis 2010 sollen alle Kinder, die eingeschult werden, Deutsch sprechen können. Um ihrer Erziehungsverantwortung jederzeit nachkommen zu können, sind Migrantenelementer

gefordert, Deutsch zu lernen. Sie tragen Verantwortung dafür, dass ihre Kinder Deutsch lernen sowie für deren kontinuierliche Förderung und Entwicklung. Der frühe Kontakt zu Kindern mit deutscher Muttersprache ist für den Spracherwerb von Migrantenkindern von großer Bedeutung.

- Die CDU will die Integrationskraft von Kindergärten und Schulen verstärken. Eine frühe Förderung hilft insbesondere auch Zuwanderfamilien. Um den Einzelnen und seinen Begabungen gerecht zu werden, brauchen Schulen mit vielen Schülerinnen und Schülern aus bildungsfernen Familien mehr Lehrerinnen und Lehrer, darunter auch solche mit Migrationserfahrung. Die CDU steht zum bedarfsgerechten Ausbau von Ganztagsschulangeboten. Unser Ziel ist, die Zahl der Schulabbrecher bis 2012 zu halbieren und das Bildungsniveau der Migrantenkinder an das Bildungsniveau der einheimischen Kinder anzugleichen.
- Bürgerschaftliches, freiwilliges und ehrenamtliches Engagement, wie etwa im Sport, im Bereich der Kultur, Bildung und Politik, aber auch bei Feuerwehren, Hilfsorganisationen, Rettungsdiensten und karitativen Einrichtungen stärkt den gesellschaftlichen Zusammenhalt. Das Engagement mit und von Zuwanderern zur Gestaltung des Zusammenlebens wirkt identitätsstiftend. Es vermittelt die positive Erfahrung gesellschaftlicher Anerkennung. Es kann für beide Seiten einen Erwerb zusätzlicher Kompetenzen sowie Kenntnisse über Zuwanderer und die Aufnahmegesellschaft bedeuten. Austausch und Begegnungsmöglichkeiten fördern nicht nur die soziale Integration, sondern zugleich Bildungs- und Beschäftigungsfähigkeit. Bürgerschaftliches Engagement zur Integration von Zuwanderern will die CDU daher besonders fördern. Wir treten dafür ein, dass der ehrenamtliche integrationsfördernde Einsatz von Zuwanderern und Einheimischen sehr viel stärker öffentlichkeitswirksam gewürdigt wird.
- Unter dem Motto „Muslime in Deutschland – Deutsche Muslime“ wurde im Jahr 2006 die Deutsche Islam Konferenz ins Leben gerufen. Die CDU will diesen auf Dauer angelegten Dialog zwischen Staat und Muslimen in unserem Land fortsetzen, da er bereits einen wertvollen Beitrag zum besseren gegenseitigen Verständnis geleistet hat.
- Für die CDU bedeutet erfolgreiche Integration: Identifikation mit unserem Land, gleichberechtigte Teilhabe und Verantwortung. Der Wille zur Einbürgerung ist das ak-

tive Bekenntnis zu unserem Land und das Bekenntnis zu den Werten unseres Grundgesetzes. Die Annahme unserer Staatsangehörigkeit ist – verbunden mit der Aufgabe der bisherigen Staatsangehörigkeit – ein starkes Zeichen der Zugehörigkeit zu unserem Land. Sie bringt die vollen staatsbürgerlichen Rechte und Pflichten.

- Ein generelles kommunales Wahlrecht für Ausländer lehnt die CDU ab, denn es eröffnet keine volle Partizipation als Bürgerin oder Bürger. Stattdessen werben wir dafür, dass Ausländer, die schon über Jahre in Deutschland leben, arbeiten und gut integriert sind, die Möglichkeit nutzen, unsere Staatsbürgerschaft anzunehmen. Eine Voraussetzung für die Einbürgerung sind ausreichende deutsche Sprachkenntnisse. Eine generelle Hinnahme doppelter Staatsbürgerschaften lehnt die CDU ab.
- Deutschland muss als Wirtschaftstandort attraktiv sein. Die CDU will daher die Attraktivität Deutschlands für Hochqualifizierte aus Deutschland und der Welt steigern. Bislang unzureichend genutzte Potenziale der nach Deutschland Zugewanderten und der Aussiedler wollen wir besser ausschöpfen. Wir wollen die Anerkennung der im Ausland erworbenen beruflichen Qualifikationen verbessern. Gleichzeitig setzen wir alles daran, das heimische Potenzial an Qualifikationen und Fachkräften zu nutzen.
- Die fast 600 000 Migrantinnen- und -unternehmer leisten heute einen großen Beitrag für die deutsche Volkswirtschaft. Migrantinnenunternehmen entfalten neben ihrem ökonomischen Nutzen eine wichtige integrationsfördernde Leistung. Sie haben eine Vorbildfunktion. Dabei ist das ökonomische Potenzial der selbständigen Erwerbstätigkeit von Migrantinnen noch nicht vollkommen genutzt. Durch eine gezielte Qualifikationsoffensive will die CDU bestehende Migrantinnenunternehmen stärken und neue Existenzgründer gewinnen.
- Die CDU will die Erwerbsquote der Frauen mit Migrationshintergrund erhöhen. Mädchen und junge Frauen müssen an allen Angeboten des schulischen Lebens teilnehmen können. Die CDU will Bildungsmöglichkeiten verbessern. Partizipation am Erwerbsleben und Sprachkenntnisse der Mütter tragen maßgeblich zum Bildungserfolg der Kinder bei. Sprachangebote wurden bereits in den Integrationskursen speziell für Frauen zugeschnitten und durch eine Kinderbetreuung zugänglicher gemacht. Dieser Ansatz muss fortgeführt werden.

- Zwangsverheiratung ist eine Verletzung unseres freiheitlich-demokratischen Werteverständnisses und eine eklatante Menschenrechtsverletzung. Im Kampf gegen Zwangsehen wird die CDU daher einen eigenständigen Straftatbestand für Zwangsheirat einführen. Die sexuelle Ausbeutung von Opfern von Menschenhandel und Zwangsprostitution muss unter Strafe gestellt werden.

Weitere Informationen:

Gemeinsames Regierungsprogramm von CDU und CSU, „WIR haben die Kraft, Gemeinsam für unser Land“, 2009 - 2013

<http://www.cdu.de/portal2009/27890.htm>